Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 22 (2015)
Heft: 248

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

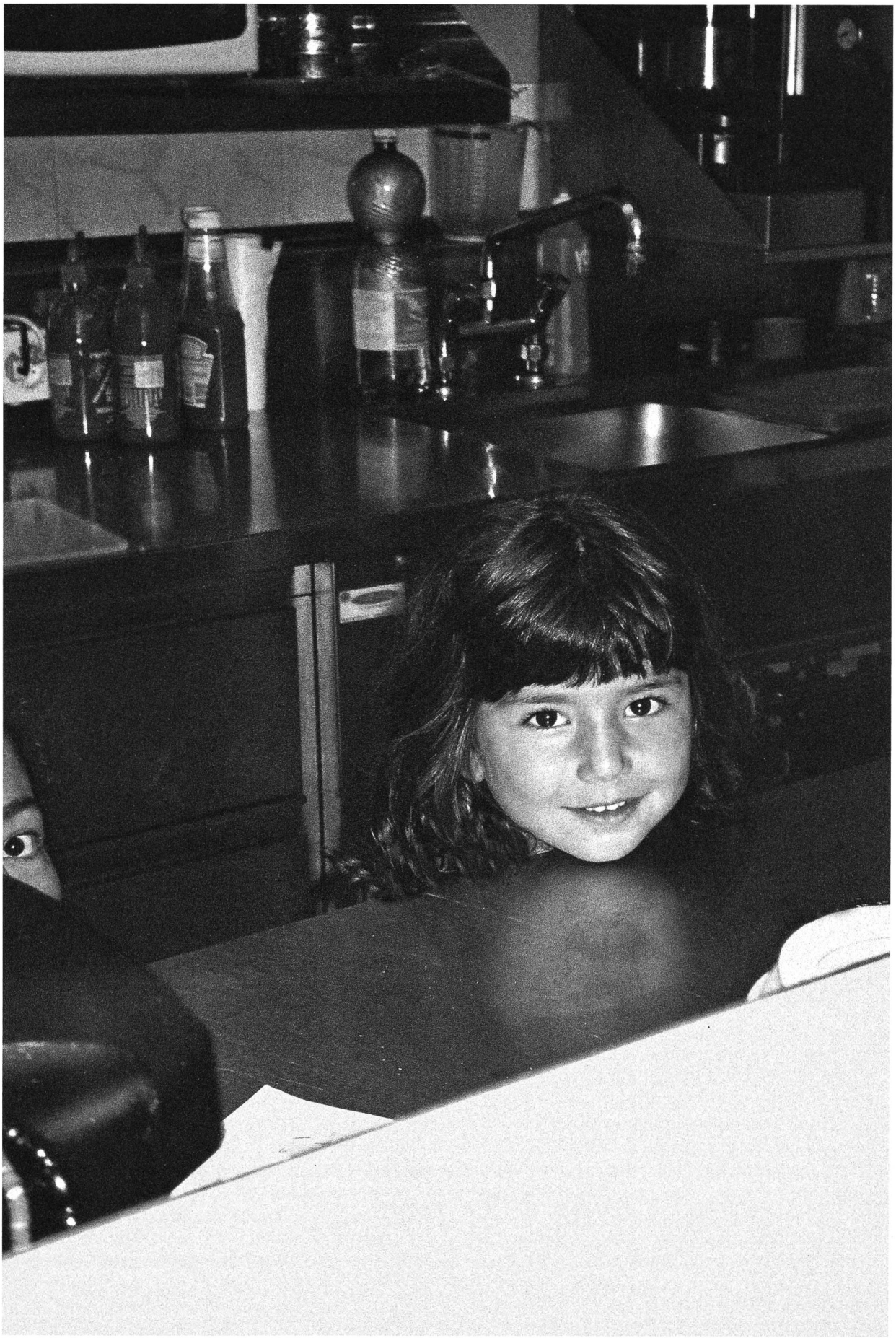
Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

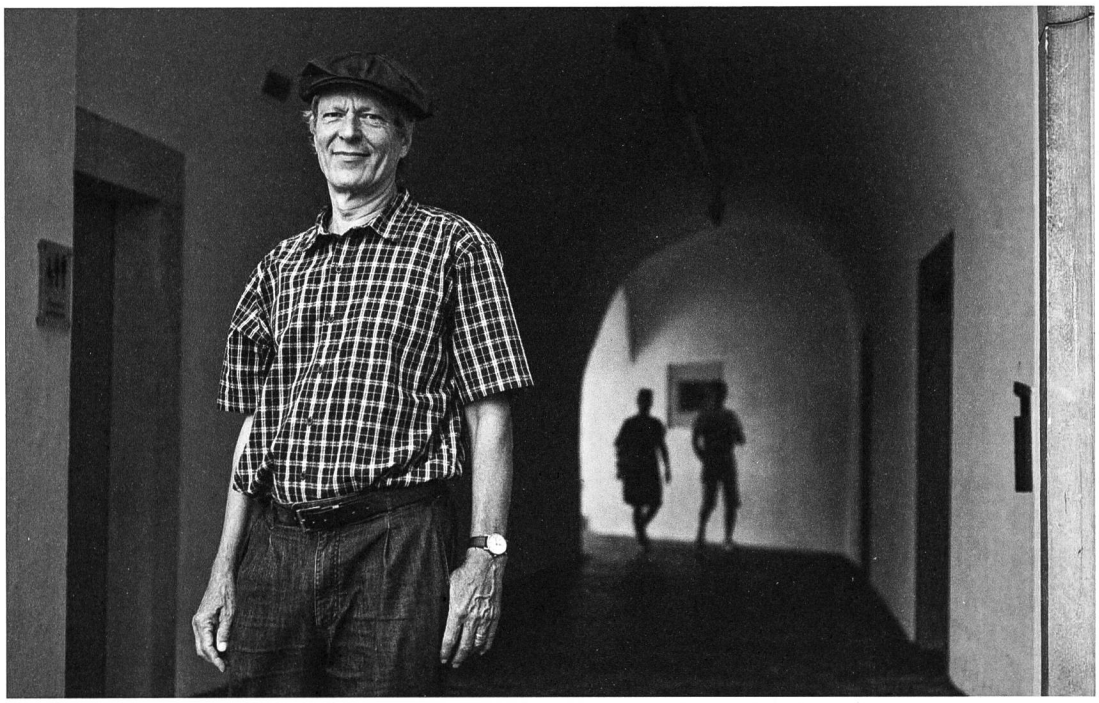
Marco Kamber

Spät in Küchen: Jetzt neu auch Kumpir (Gül/Rosalie)



Redeplatz

«Unser Modell heisst: weniger»



Niklaus Bayer von der neuen Partei Integrale Politik (IP) plädiert für Intuition – und gegen Wirtschaftswachstum.

Niklaus Bayer, das «P» im Namen «IP» steht für «Politik». Und nicht für «Partei».

Wir sind zugleich eine Partei und eine Bewegung. Teil der Bewegung ist unter anderem die Stiftung für integrale Friedensförderung. Das Wort Partei kommt ja von «pars», «Teil». IP unternimmt hingegen den verrückten Versuch, das Ganze zu denken. Damit kommt man mit dem Parteibegriff an eine Grenze. Eine unserer Zielgruppen sind denn auch Leute, die politikverdrossen sind. Die vor allem den unlauteren Spielchen nicht mehr folgen wollen.

Was für unlautere Spielchen?

Zum Beispiel Strategien, um die eigene Position durchzubringen. Ich meine damit nicht den Kompromiss, sondern den Kuhhandel. Kompromisse sind sinnvoll. Aber Deals nicht.

IP nimmt Ideen unterschiedlicher Parteien auf. Das schafft vermutlich ein Profilproblem.

Das ist so. Aber es gibt schon ein Profil. Erstens: Wir sind nicht links und nicht rechts, sondern tief oder radikal. Ein zweites: Der westliche Mensch und mit ihm die politische Debatte ist im Rationalismus stecken geblieben. Doch die Wirklichkeit hat nicht nur eine Aussenseite, sondern auch eine Innenseite. Diese wird weitherum immer wichtiger, in der Pädagogik, in der Medizin, in der Wirtschaft – wir sind überzeugt, dass die Zeit reif ist, auch in der Politik Innensichten mit einzubeziehen. Bleibt natürlich die Frage: Wie macht man das?

Wie macht man das?

Wir haben eine Methode entwickelt. Sie basiert darauf, vor einem Beschluss in die Stille zu gehen, einen Schritt zurückzutreten und sich zu fragen, was im Tiefsten das Richtige ist. Es gibt dafür in der psychologischen «Theorie U» den Begriff des «Presencing». Damit kommt die Intuition ins Spiel. Man kann es auch Vision nennen: Was wäre für den Planeten, für unsere Kinder, für alle Beteiligten förderlich? Wir befragen alles im Hinblick auf kommende Generationen. Der Drei-Milliarden-Kredit für den öffentlichen Verkehr war dafür beispielhaft: Auf Anhieb scheint klar, dass die Förderung des ÖV sinnvoll ist. Aber wenn man fragt, ob Pendeln eine zukunftstaugliche Lebensqualität ist, wird die Sache zwiespältig.

Die IP weiss, was für die Zukunft gut ist?

Als Vision, ja. Und die Vision hat prüfbare Kriterien. Erstens: Gemeinwohl. Zweitens: Zeit für die verschiedenen Bedürfnisse – materielle, psychisch-geistige, spirituelle, soziale. Drittens Ökologie, viertens Gerechtigkeit, im schweizerischen und im Weltkontext.

Bei der Masseneinwanderungsinitiative im Februar 2014 hat die IP ein Ja empfohlen.

Natürlich kam das Thema aus der falschen Ecke und mit einer fremdenfeindlichen Begründung. Aber es gibt bedenkenswerte Punkte. Etwa eine weniger schikanöse Einbürgerungspolitik: Dann sähen die Ausländerzahlen in der Schweiz ganz anders aus. Wir haben zwar keinen Notstand – aber teils sehr viele ausländische Fachkräfte. Eine gewisse Drosselung der Einwanderung könnte bewirken, dass mehr Schweizer eingestellt werden. Und der Braindrain ist für die Herkunftsländer ein Problem. Es geht uns darum, genau hinzuschauen, welche Entwicklung Sinn macht.

Welche wäre das?
Die Initiativ-Gegner waren allesamt Wirtschaftstreiber. Und das ist nicht unser Modell. Unser Modell heisst: weniger. Weniger Wirtschaftswachstum, mehr geteilte Arbeit, weniger Cash für die mittlere und obere Schicht, Lebensqualität aus anderen statt nur materiellen Quellen. Wir sind mit Sicherheit die einzige Partei, die radikal gegen ein quantitatives Wirtschaftswachstum bei uns ist. Weil wir meinen: Es hat von allem genug. Aber klar: Quantitatives Wachstum im Süden, in gewissen Ländern ist sinnvoll.

Wenn man sich «integral» nennt und zugleich Leute ausgrenzt, bleibt ein Widerspruch. Wie sähe die Flüchtlingspolitik der IP aus?
Vorweg: Die Masseneinwanderungsinitiative zielte vor allem auf die europäischen Arbeitskräfte. Unsere Flüchtlingspolitik setzt darauf, das Wohlstandsgefälle zu vermindern, auf Hilfe zur Selbsthilfe, kooperativen Aufbau, gerechte Löhne und faires Einkaufen, weiter auf eine aktive Handelspolitik, die nicht immer zu unseren Gunsten ausgeht. Und schliesslich müssen wir mit den Flüchtlingen hier fair umgehen.

Was heisst es für Sie persönlich, integral zu leben?
Es bedeutet, alle Bedürfnis-Ebenen ernst zu nehmen und zu schauen, dass Körper, Psyche und Geist in der Balance sind. Für mich persönlich spielt auch die Spiritualität eine entscheidende Rolle. Mich fasziniert, dass die unterschiedlichen Religionen übereinstimmen in der Einsicht: Es gibt hinter allem ein Prinzip, das wohlwollend ist – nicht perfid, sondern gnädig.

Wie setzen Sie diese Einsicht in die politische Praxis um?
Die IP politisiert aus der Fülle, aus Zuversicht und nicht vom Mangel her. Wir fragen: Was fordert die Zukunft? Was heisst es, mehr zu teilen? Was ist dem Glück aller förderlich? Dahinter steht die Überzeugung einer Verbundenheit mit allem und allen.

Das sind hohe Ansprüche.
Ja, und wir werden ihnen auch nicht gerecht. Aber wir fangen an. Dabei kommt uns natürlich zugute, dass wir ahnen: Es ist an der Zeit.

Auf Ihrer Kandidatenliste fehlen die Jungen – also die Zukunft.
Wir haben einige jüngere Mitglieder, aber es sind noch wenige. Bis jetzt ist es schwierig, sie zu erreichen. Ich weiss noch nicht recht warum.

Niklaus Bayer, 1949, ist Theologe und Erwachsenenbildner in St.Gallen. Er kandidiert auf der Liste 15, Integrale Politik, für den Nationalrat.

IP-Fest: 11. September, Militärkantine St.Gallen

«Anders denken – anders handeln», Referat von Natalie Knapp: 24. September, Waaghaus St.Gallen

Interview: Peter Surber, Bild: Tine Edel

Einspruch: Heinz Fäh

Ein Blumenstrauss für die Baldegger-Schwestern

Die Nachricht schlug in der Gemeinde ein wie eine Bombe: Anfang Mai informierte das St.Galler Migrationsamt, dass im kleinen Kurort Amden, hoch über dem Walensee, ein Zentrum für 100 bis 120 Asylsuchende entstehen soll. Im ehemaligen Kurhaus Bergruh, das dem Kanton vom katholischen Frauenorden der Baldegger Schwestern zu diesem Zweck angeboten wurde. Die meisten Dorfbewohner erfuhren das aus den Medien, als die Würfel bereits gefallen waren. Entsprechend frostig war denn auch der Empfang für Regierungsrat Fredy Fässler und sein Team, als sie für eine Informationsveranstaltung ins Dorf reisten.

Der Fall zeigt exemplarisch, wie sensibel die lokale Bevölkerung auf das Thema Flucht und Asyl reagiert, und wie schnell ein kirchliches Werk oder eine Kirchgemeinde, die sich in diesem Bereich engagiert, ins Kreuzfeuer der Kritik geraten kann. Doch können die Kirchgemeinden deswegen die Augen vor dem Thema verschliessen? Immerhin sieht sich die internationale Gemeinschaft mit der grössten Flüchtlingswelle seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Über 50 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Manche von ihnen schaffen es über gefährliche Wege bis in die Schweiz.

Gehört es zum Auftrag der Kirchen, aktiv zu werden, oder dürfen sie die Bewältigung dieser Krise, hinter der sich unzählige Einzelschicksale verbergen, getrost den zivilen Behörden überlassen? Als öffentlich-rechtliche Körperschaft ist unsere Kirche nicht nur Teil des Gemeinwesens, sondern auch eine dem Evangelium verpflichtete Gemeinschaft, die sich als Teil der Zivilgesellschaft öffentlich engagiert. Es gehört seit jeher zu ihrem Grundauftrag, die Botschaft von der Liebe Gottes, die allen Menschen gilt, in Wort und Tat zu verkündigen.

Die Kirche hat deshalb gar keine Wahl: Sie muss sich dort einbringen, wo Menschen in Not sind, auch wenn man sich mit diesem Engagement keinen Blumenstrauss verdienen kann.

Das mutige Engagement der Baldegger Schwestern mag hoffentlich inspirierend wirken. Wer sich einsetzt, muss jedoch mit Widerstand rechnen. Darum macht es Sinn, sich mit anderen engagierten Menschen zu vernetzen und von ihren Erfahrungen zu profitieren. Die dazu nötige Beratungs- und Koordinationsarbeit leisten die kantonalkirchlichen Dienste gemeinsam mit der ÖKoAF SG und der Rechtsberatungsstelle für Asylsuchende des HEKS.

Pfarrer Heinz Fäh ist Kirchenrat und Ko-Präsident der ökumenischen Kommission für Asyl- und Flüchtlingsfragen in St.Gallen (ÖKoAF SG).

zh aw
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
Architektur, Gestaltung und Bauingenieurwesen

Informationsveranstaltung und Ausstellung

Masterstudiengänge Architektur und Bauingenieurwesen
Bachelorstudiengänge Architektur und Bauingenieurwesen

Samstag, 3. Oktober 2015, 11.00 Uhr

Departement Architektur, Gestaltung und Bauingenieurwesen
Halle 180, Tössfeldstrasse 11, 8400 Winterthur
www.zhaw.ch/archbau

Zürcher Fachhochschule

Damaris Diethelm,
Masterabsolventin Soziale Arbeit

Neue Perspektiven eröffnen –
Masterstudium in Sozialer Arbeit

Besuchen Sie den nächsten Informationsanlass am:
Dienstag, 22. September 2015, 18.15 Uhr an der
FHS St.Gallen, Rosenbergstrasse 59, 9000 St.Gallen

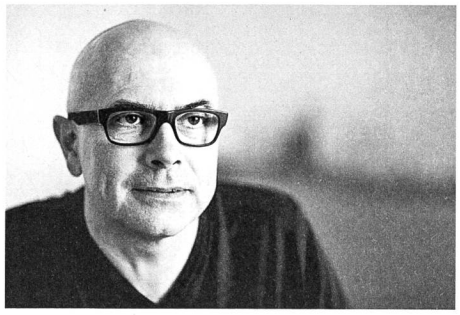
www.fhsg.ch/masterinsozialerarbeit

FHS St.Gallen
Hochschule für Angewandte Wissenschaften
MASTER IN SOZIALER ARBEIT
BERN | LUZERN ST.GALLEN | ZÜRICH
www.fhsg.ch
FHO Fachhochschule Ostschweiz

SBW Primaria – Gasthaus des Lernens Basis- und Primarstufe für Kinder von 3-13 Jahren
Kräzernstrasse 12, 9014 St. Gallen | Tel. 071 845 15 92 / 071 466 70 90 | **www.primaria.ch**

Stadtpunkt

Dumpfe Bünde



«Wo ist Beda?» fragte die orange Partei, «Schon paranoid?» fragte das ZEPRA zurück. Viele verwirrende Fragen wurden diesen Sommer im Stadtraum plakatiert, und das jetzt, wo wir doch eigentlich Klarheit möchten.

Zum Beispiel Klarheit darüber, was man uns mit der Frage, wo Beda sei, mitteilen möchte. Vielleicht das: Schaut her, ich habe viel Geld für den Wahlkampf, da brauche ich keine Ideen mehr. Das funktioniert in diesem Land doch immer, weil der kollektive Mythos, dass wir alle irgendwann reich sein werden, tief in der Gesellschaft verankert ist und schon manche Initiative erledigt hat, die für mehr Verteilgerechtigkeit gesorgt hätte.

Nach noch mehr Klarheit ruft allerdings das zunehmend verrohte Verhalten gegenüber Flüchtlingen. Wie kommt es, dass bis weit in die bürgerliche Mitte der Tonfall immer xenophober wird und dabei weitgehend unwidersprochen bleibt? Bedas orange Partei argumentiert in Asylfragen inzwischen wie die SVP vor zehn Jahren, diese wiederum hat sich endgültig zur Kameradschaft Morgarten gewandelt und ruft offen zum «aktiven Widerstand» gegen Unterkünfte für Flüchtlinge und gegen das Völkerrecht auf. Damit ist sie in bester Gesellschaft mit der deutschen NPD und anderen dumpfen Bünden.

Das «Tagblatt» druckt ohne Zögern Leserbriefe ab, deren Tonfall die Veröffentlichungsrichtlinien jeder Leserbriefredaktion, die noch über einen Rest Rückgrat verfügt, verletzen müsste. So darf sich in der Ausgabe vom 13. August ein Bürger aus dem Chancental ungefiltert über «eritreische Asylraubritter» auslassen – eine durchaus justiziable Formulierung.

Der unreflektierte Hass auf allen Kanälen macht viel paranoider, als es Cannabis je vermag. Mein antifaschistischer Grossvater dreht sich schon seit Wochen ruhelos im Grab um deswegen. Es wird Zeit, dass die «Aber-Nazis» (Standardsatz: «Ich bin kein Rassist, aber...») aufrechten Widerspruch erfahren. In unserer Stadt könnte es damit beginnen, dass wir auf allen Ebenen fordern, dass die Flüchtlinge nicht im Riethüsli verbunkert, sondern in anständigen Wohnungen untergebracht werden. Vielleicht macht Beda auch mit.

Dani Fels, 1961, ist Dozent an der FHS St.Gallen und Fotograf. Er schreibt monatlich die Stadtkolumne in Saiten.

Theater Konstanz

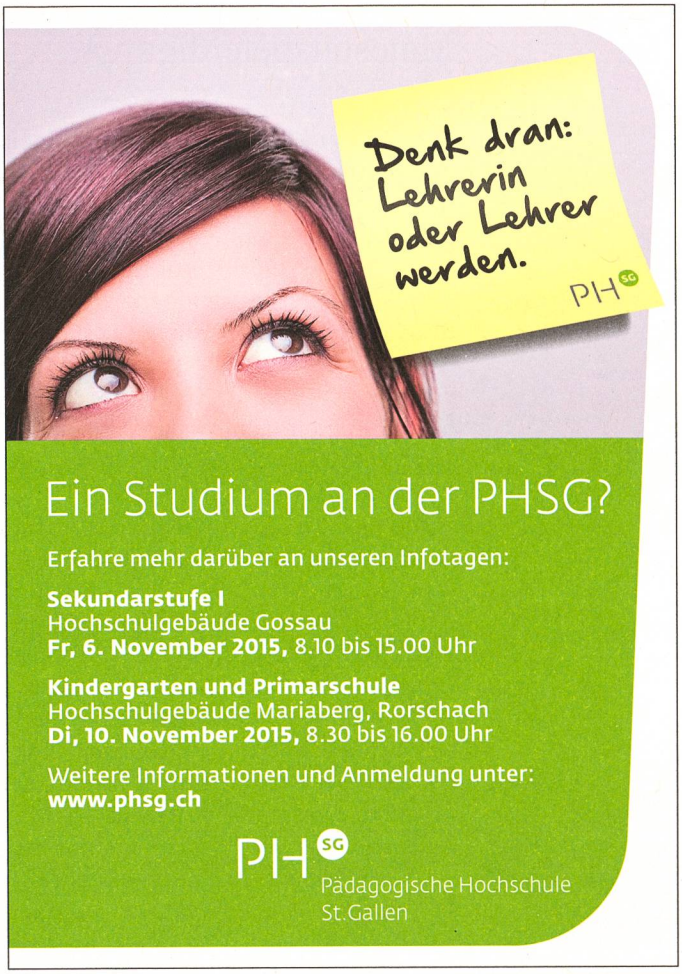
Majestätsbeleidigung

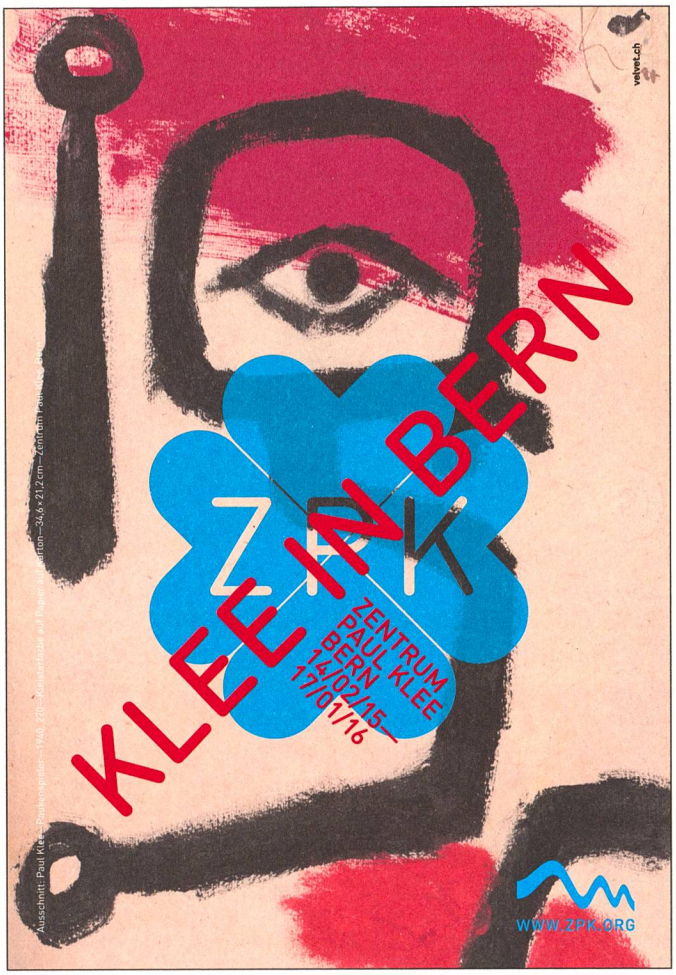
Es geht um Zensur. Es geht um einen aufmüpfigen Theaterdirektor und eine Behörde, die Loyalität einfordert. Es geht um Konstanz.

Das Theater Konstanz hat ein Jahr lang spielzeitbegleitend eine Zeitung herausgebracht, den «Trojaner», Auflage 40000 Exemplare. Ende Juli erschien die sechste und letzte Nummer mit einem Leitartikel eines gewissen Michael Menz, der die kommunale Politik kritisierte. Es herrschten «Denkverbote», das Bürgermeistertrio beschränke sich auf «Repräsentationskultur», Kritik gelte als «Majestätsbeleidigung». Dabei gäbe es wichtige Themen: Wohnungspolitik im «Musikerviertel», ein Kongresshaus, das ursprünglich ein Konzerthaus hätte sein sollen, die Flüchtlingsfrage, eine Bürgerinitiative, zu der die Behörden seit Monaten schwiegen, weiter die Waffenindustrie am Bodensee, die baden-württembergische Pharmaindustrie... Es fehle der Gemeinsinn, der Bürger befinde sich «in Selbstauflösung», der bürokratische Alltag lähme die Stadt. Der Autor schloss mit dem Willy-Brandt-Zitat «Mehr Demokratie wagen» und dem Appell «Empört Euch!».

Das tat denn auch prompt der für Kultur zuständige Bürgermeister Andreas Osner: Er empörte sich. Zielscheibe: Christoph Nix, der Konstanzer Intendant. Inhalt und Tonfall im «Trojaner» seien respektlos. Er frage sich, ob er das Theater weiterhin unterstützen könne, «wenn sich der Intendant durch Infragestellung der Integrität seiner Vorgesetzten in Konfrontationsstellung» begebe. Das Theater sei Teil der Stadtverwaltung – daher ordne er an, «dass ab heute gemäss der einschlägigen Dienstanweisung öffentliche Verlautbarungen, Schreiben, Pressemeldungen etc. – bis auf die üblichen Info-Flyer, Spielzeithefte, Leporellos, etc. – über den Schreibtisch des Kulturbürgermeisters und des Pressesprechers gehen und mit uns abgestimmt werden.»

Christoph Nix, seit neun Jahren in Konstanz am Ruder, ist ein wirbliger, streitbarer Mann. Seine Spielzeit-Motti sind immer explizit politisch, er hat eine langfristige Kooperation mit afrikanischen Theaterleuten aufgebaut, mischt sich ein und legt sich gern mit





Kulturzyklus Kontrast

Aussergewöhnliche Künstlerinnen und Künstler setzen sich mit ihren Besonderheiten und Lebenssituationen auseinander und eröffnen ungewohnte Zugänge zu Kunst und Kultur.

Dienstag | 6. Oktober 2015 | 19.30 Uhr
Eröffnung Ausstellung: Kunst aus dem Leben, Art Brut und Naive Kunst, konzipiert vom Museum im Lagerhaus

Mittwoch | 7. Oktober 2015 | 19.30 Uhr
Film: «Dora oder die sexuellen Neurosen unserer Eltern»

Donnerstag | 8. Oktober 2015 | 19.30 Uhr
Lesung: «Lichtspuren» von Brigitte Kuthy Salvi und Katja Meintel

Freitag | 9. Oktober 2015 | 19.30 Uhr
Konzert: Station 17, experimenteller Pop

Samstag | 10. Oktober 2015 | 19.30 Uhr
Tanztheaterperformance: «Früher war heute Morgen – Goldfisch trifft auf Goldmarie», Tanztheater Divertimento

Veranstaltungsort: FHS St.Gallen, Rosenbergstrasse 59, 9000 St.Gallen, www.fhsg.ch/kontrast

FHS St.Gallen
Hochschule
für Angewandte Wissenschaften

STUTZ

RAIFFEISEN

www.fhsg.ch
FHO Fachhochschule Ostschweiz

andern an, am liebsten mit dem «Südkurier».

Osners Zensurbrief hat einige Wellen geworfen am See. Die lokalen Medien griffen das Thema auf, der «Südkurier» schrieb wie üblich gegen Nix an, der linke «Seemoz» für ihn. Die Stuttgarter Onlineplattform «kontext» (kontextwochenzeitung.de) verbreitete die Nachricht via Beilage in der «taz» deutschlandweit und nahm ihrerseits Nix, die «Streitaxt vom See», in Schutz. Ein Leserkommentar unter vielen: «Der ganze Vorgang ist eine Steilvorlage und für Herrn Nix bieten sich nach dem Brief ungeahnte Möglichkeiten, mal so richtig gutes Theater zu liefern!»

Aus Schweizer Distanz kann man anfügen: Ein solcher Brief, eine so platte Loyalitätsforderung, frei von Argumenten und in obrigkeitlicher Arroganz, wäre hierzulande kaum vorstellbar. Und der Sturm der öffentlichen Entrüstung wäre vermutlich noch um einiges lauter.

Aber in Konstanz sind Theaterferien bis Ende September. Dann startet die Spielzeit 15/16, das Motto stammt von André Heller: «Misstraue der Idylle, sie ist ein Mörderstück». Auf dem Programm stehen unter anderem Ibsens *Volksfeind, Dracula* oder Schwabs *Präsidentinnen*. Und Nix hat schon mal verlauten lassen, er werde natürlich nicht schweigen; einen solchen «Maulkorb» habe es bei den Nazis gegeben, aber nicht nach 1945.

Peter Surber

Blick Richtung Union einst: Winterfotografie des noch parkgaragefreien St.Gallen, Otto Pfenninger 1882. (Bild: Stadtarchiv St.Gallen)

Parkgarage Union
Ein harter Brocken

Damit hat die «private» Bauherrschaft, die das Parkhaus Schibenertor unter dem Union-Gebäude bauen will, wohl nicht gerechnet: Unter den Einsprachen gegen das Projekt wird eine der Baubewilligungsbehörde und dem Stadtrat so viel Kopfzerbrechen machen, dass es noch Jahre dauern kann, bis die Bagger auffahren – wenn überhaupt. Auf über 50 Seiten werden baurechtliche, öffentlichrechtliche und staatsrechtliche Argumente gegen das Projekt ins Feld geführt.

In Absprache mit dem Heimatschutz, dem WWF und dem VCS legen Juristinnen und Juristen hier dar, dass die Garage nicht bewilligt werden kann und die bereits erteilte Bewilligung zur Nutzung des öffentlichen Raums für die Ein- und Ausfahrt rückgängig gemacht werden muss. Aus Sicht des Heimatschutzes sind die Gründe vor allem städtebauliche. Es geht um den Ortsbildschutz. Für den VCS sind die Auswirkungen auf den Verkehr – insbesondere auf die Buslinien – nicht genügend geklärt. Der WWF kämpft für die Erhaltung des Grünstreifens zwischen Seeger und Union mit den inventarisierten Bäumen.

Diese umfangreichste aller Einsprachen nimmt auch die schon von SP und Grünen vorgebrachten politischen Argumente auf: Der Stadtrat hatte nach der Auswertung der Abstimmungsanalyse öffentlich gesagt, eine Parkgarage sei hier nicht mehr realisierbar, weil die Stimmberechtigten sie deutlich ablehnten. Jetzt an der gleichen Stelle ein Projekt von «Privaten» zu bewilligen sei eine Missachtung des Volkswillens. Und von einem «privaten» Projekt könne man nicht wirklich sprechen, sind doch 40 Prozent der Aktien der am Projekt massgeblich beteiligten Cityparking AG in städtischem Besitz.

Formell handelt es sich nicht um eine Einsprache der Umweltverbände und des Heimatschutzes, denn diese sind bei diesem Bauprojekt – das angeblich ohne Umweltverträglichkeitsprüfung durchgewinkt werden kann – dazu nicht legitimiert. Eingereicht wurde sie von der Rechtsanwältin Franciska Hildebrand, die ihr Büro in unmittelbarer Nachbarschaft des Schibenertors hat. Verfasst wurde sie im Wesentlichen vom Fachjuristen Gregor Geisser. Mehrere seiner Kolleginnen und Kollegen haben hier ebenfalls mitgewirkt – ein Zeichen dafür, dass sich breiter Widerstand ankündigt.

Die Parteien von Links und Grün, der Ex-Politiker Albert Nufer und der Umweltaktivist Hansueli Stettler haben damit kräftigen Support bekommen. Nufer kritisiert die Umweltbelastung, auch jene durch die Lastwagenfahrten wahrend der Bauzeit und die Behinderung des öffentlichen Verkehrs. Stettler bringt in seinem Strauss von Argumenten unter anderem vor, dass die Folgen der unterbrochenen Grundwasserströme nicht abgeklärt seien und dass der Umgang mit zu erwartenden archäologischen Funden nicht geregelt sei.

Soll das Projekt verhindert werden, braucht es auch politischen Druck. Die Gegner sind dabei gut aufgestellt. 2010 sagten die Stimmberechtigten Ja zum «Reglement für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung». Dieses verlangt, der Individualverkehr sei zu plafonieren. Demnächst steht eine nächste, ähnliche Grundsatzfrage an: jene, ob auf dem Güterbahnhofareal ein Autobahnanschluss gebaut werden darf. Je mehr solche Fragen zukunftsgerichtet beantwortet werden, desto weniger Parkgaragenplätze brauchen wir.

René Hornung